

# Erläuterungen zum Antrag auf Zulassung bzw. Meldung von Betrieben von Lebensmittelunternehmern gemäß § 2 der Lebensmittelhygiene-Zulassungsverordnung bzw. § 10 LMSVG

## Allgemeines:

Gemäß § 10 Abs. 1 Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz (LMSVG) haben Lebensmittelunternehmer für ihren Betrieb beim Landeshauptmann die Zulassung zu beantragen bzw. ihre Betriebe beim Landeshauptmann zwecks Registrierung zu melden. Nähere Vorschriften über die Form und die in diesen Meldungen gem. § 10 Abs. (7) LMSVG zu übermittelnden Daten sind in der Lebensmittelhygiene-Zulassungsverordnung, BGBl. II Nr. 231/2009 festgelegt.

Die für die Zulassung bzw. Registrierung von Betrieben notwendigen Informationen sind mit den entsprechenden Formblättern zu übermitteln.

In der Beilage "Arten von Betrieben von Lebensmittelunternehmern" sind alle Betriebsarten erfasst. Jene Betriebe, welche mit einem (Z) gekennzeichnet sind, sind zulassungspflichtig, alle anderen Betriebsarten sind registrierungspflichtig.

Gemäß § 4 Lebensmittelhygiene-Zulassungsverordnung sind alle maßgeblichen Änderungen der für die Zulassung oder Registrierung relevanten Daten umgehend schriftlich dem Landeshauptmann zu melden.

Hierzu gehören insbesondere Namens- und Adressänderungen, Änderungen betreffend die verantwortlichen Personen, Betriebsart-Änderungen, Änderungen der Produktionsbedingungen sowie bauliche Veränderungen. Diese Meldungen haben vom Unternehmer ohne Aufforderung unverzüglich zu erfolgen.

## Begriffe:

**Unternehmen:** alle Einrichtungen, gleichgültig, ob sie auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind oder nicht und ob sie öffentlich oder privat sind, die eine mit der Produktion, der Verarbeitung und dem Vertrieb von Lebensmitteln zusammenhängende Tätigkeit ausführen. Als Lebensmittelunternehmen gelten auch Unternehmen, die Wasser für den menschlichen Gebrauch bereitstellen.

**Unternehmer:** natürliche oder juristische Personen, die dafür verantwortlich sind, dass die Anforderungen des Lebensmittelrechts in dem ihrer Kontrolle unterstehenden Lebensmittelunternehmen erfüllt werden. Als Lebensmittelunternehmer gelten auch Unternehmer, die Wasser für den menschlichen Gebrauch bereitstellen.

**Betrieb:** jede Einheit eines Unternehmens.

**Betriebsarten:** hier sind der oder die entsprechenden Codes für die Betriebstätigkeit einzutragen, wie sie in der Beilage ersichtlich sind.

Bsp:

- ein reiner Schlachtbetrieb für Rinder und Schweine müsste lediglich Code 01 10 eintragen (Huftierschlachtbetrieb)
- ein Schlachtbetrieb, der zudem auch eine Zerlegung sowie eine Wursterei betreibt, müsste Code 01 10 (Huftierschlachtbetrieb), 01 11 (Zerlegungsbetrieb) sowie 01 01 (Fleischereien und Fleischverarbeiter) in die Codeliste eintragen.

**Wichtiger Hinweis: Hierbei hat das Hauptbetätigungsfeld als erster Code aufzuscheinen!**

## Verantwortliche Personen:

**Produktion:** alle Vorgänge, die zur Herstellung eines Produktes beitragen (einschließlich Be- und Verarbeitung, Verpackung, etc.)

**Bearbeitung:** jede Manipulation eines Rohstoffes, der zu keiner Veränderung der ursprünglichen Beschaffenheit des Rohstoffes führt

Bsp:

# Erläuterungen zum Antrag auf Zulassung bzw. Meldung von Betrieben von Lebensmittelunternehmern gemäß § 2 der Lebensmittelhygiene-Zulassungsverordnung bzw. § 10 LMSVG

- Zerteilen von rohem Fleisch (Eigenschaften von rohem Fleisch bleiben erhalten)
- Schneiden von fertigen Fleischprodukten (Speck, Wurst)

**Verarbeitung:** jede Manipulation eines Rohstoffes, durch die dessen ursprüngliche Beschaffenheit (zumindest teilweise) verloren geht

Bsp:

- Pökeln von Fleisch (die Eigenschaften von rohem Fleisch sind nicht mehr vollständig erhalten)
- Herstellung von Wurstbrät

**Lagerung:** jede Aufbewahrung von Produkten, die nicht unmittelbar zum Produktionsprozess gehören

Bsp:

- fertige Würste, die im Kühlraum für den Verkauf bereitgehalten werden; im Gegensatz dazu ist die Einbringung in eine Reifungskammer Teil des Produktionsprozesses und daher nicht als Lagerung zu verstehen

## ① **Angaben zum Unternehmen:**

In die folgenden Felder kommen die Bezeichnung und die Kontaktdaten des Unternehmens

## ② **Angaben zum Unternehmer / zu den Unternehmern:**

Hier sind die Daten der für das Unternehmen verantwortlichen Person / Personen einzutragen.

## ③ **Angaben zum Betrieb:**

Hier sind die Daten des zulassungs- bzw. registrierungspflichtigen Betriebes anzugeben. Zulassungsnummer / Registriernummer: Bei Neuanträgen bleibt dieses Feld leer.

Diese Daten können bei Unternehmen, die aus nur einem Betrieb bestehen, mit denen unter 1 angegebenen Daten übereinstimmen, können aber bei Unternehmen mit mehreren Betrieben auch unterschiedlich sein.

Die Zulassung bzw. Registrierung bezieht sich immer auf den Betrieb.

Mehrere Betriebe, die sich auf demselben Betriebsgelände befinden, allerdings keine produktionstechnische Einheit darstellen, sind auch als Einzelbetriebe zu zuzulassen bzw. zu registrieren.

## ④ **Betriebsverantwortlichkeit** (nur bei Zulassung zutreffend):

Je nach Tätigkeitsfeld des Betriebes sind hier unter den für den Tätigkeitsbereich des Betriebes zutreffenden Abschnitten (Produktion, Bearbeitung, Verarbeitung, Lagerung) die hauptverantwortlichen Mitarbeiter anzugeben. Wenn die Betriebsstruktur verschiedene Produktionsschienen vorsieht, für die jeweils ein Hauptverantwortlicher festgelegt ist, so sind diese Personen anzugeben.

## ⑤ **Verantwortlicher Beauftragter nach §9 VStG:**

Hier ist vom Betrieb jedenfalls ein Beauftragter namhaft zu machen (vgl. Anhang B: § 38 Abs. (1) Ziff. 2. LMSVG)

## ⑥ **Betriebsarten laut Anlage A:**

Es sind die dem Betätigungsfeld des Betriebes entsprechenden Codenummern in die Tabelle einzutragen. Sollte es sich um einen Lebensmittelbetrieb handeln, auf den keine der angegebenen Betriebssparten zutrifft, so ist der Code 26 01 einzutragen und die Tätigkeit des Betriebes auf einem Beiblatt näher zu erläutern.

Betriebstypen, die mit einem nachfolgenden (Z) gekennzeichnet sind, sind zulassungspflichtige Betriebe (Formular: Antrag auf Zulassung von Betrieben von

# **Erläuterungen zum Antrag auf Zulassung bzw. Meldung von Betrieben von Lebensmittelunternehmern gemäß § 2 der Lebensmittelhygiene-Zulassungsverordnung bzw. § 10 LMSVG**

Lebensmittelunternehmern gem. § 2 Lebensmittelhygiene-Zulassungsverordnung). Alle anderen Betriebe sind registrierungspflichtig (Formular: Meldung von Betrieben von Lebensmittelunternehmern gem. § 10 LMSVG, BGBl. I Nr. 13/2006 idgF.).

Sollte ein Betrieb Tätigkeiten ausüben, die einerseits zulassungspflichtig und andererseits registrierungspflichtig sind, so sind für diese Betriebsteile die Zulassung und Registrierung gesondert durchzuführen.

Bei zulassungspflichtigen Betrieben ist auch der Zeitpunkt der (beabsichtigten) Aufnahme der Tätigkeit anzugeben.

⑦ **Beilagen** (nur bei Zulassung zutreffend):

Die geforderten Unterlagen sollen einen Überblick über den Betrieb ermöglichen, allerdings ist es nicht notwendig, die gesamten Unterlagen des betrieblichen Eigenkontrollsystems zu übermitteln. Weiters können die verschiedenen Pläne auch nur als Skizze ausgefertigt sein, aus der allerdings alle wesentlichen Informationen abzulesen sein müssen.

⑧ **Angaben über den Verkehr mit Erzeugnissen tierischen Ursprungs:**

Unter diesem Punkt ist der Warenverkehr mit anderen Mitgliedsstaaten anzuführen, gleichgültig ob es sich um Ankauf von Rohstoffen oder um Verkauf von Produkten handelt, sofern diese in eine in der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 angeführte Gruppe fallen. Die entsprechenden Handelspartner sind unter Angabe ihrer Zulassungsnummer mit anzuführen.

# **Erläuterungen zum Antrag auf Zulassung bzw. Meldung von Betrieben von Lebensmittelunternehmern gemäß § 2 der Lebensmittelhygiene-Zulassungsverordnung bzw. § 10 LMSVG**

## **ANHANG: Gesetzestexte, auf die in den Erläuterungen verwiesen werden**

### **§ 9 Verwaltungsstrafgesetz 1991 (BGBl. I Nr. 52/1991 idgF.)**

#### Besondere Fälle der Verantwortlichkeit

§ 9. (1) Für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften durch juristische Personen, Personengesellschaften des Handelsrechts oder eingetragene Erwerbsgesellschaften ist, sofern die Verwaltungsvorschriften nicht anderes bestimmen und soweit nicht verantwortliche Beauftragte (Abs. 2) bestellt sind, strafrechtlich verantwortlich, wer zur Vertretung nach außen berufen ist.

(2) Die zur Vertretung nach außen Berufenen sind berechtigt und, soweit es sich zur Sicherstellung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit als erforderlich erweist, auf Verlangen der Behörde verpflichtet, aus ihrem Kreis eine oder mehrere Personen als verantwortliche Beauftragte zu bestellen, denen für das ganze Unternehmen oder für bestimmte räumlich oder sachlich abgegrenzte Bereiche des Unternehmens die Verantwortung für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften obliegt. Für bestimmte räumlich oder sachlich abgegrenzte Bereiche des Unternehmens können aber auch andere Personen zu verantwortlichen Beauftragten bestellt werden.

(3) Eine natürliche Person, die Inhaber eines räumlich oder sachlich gegliederten Unternehmens ist, kann für bestimmte räumlich oder sachlich abgegrenzte Bereiche ihres Unternehmens einen verantwortlichen Beauftragten bestellen.

(4) Verantwortlicher Beauftragter kann nur eine Person mit Hauptwohnsitz im Inland sein, die strafrechtlich verfolgt werden kann, ihrer Bestellung nachweislich zugestimmt hat und der für den ihrer Verantwortung unterliegenden klar abzugrenzenden Bereich eine entsprechende Anordnungsbefugnis zugewiesen ist. Das Erfordernis des Hauptwohnsitzes im Inland gilt nicht für Staatsangehörige von EWR-Vertragsstaaten, falls Zustellungen im Verwaltungsstrafverfahren durch Staatsverträge mit dem Vertragsstaat des Wohnsitzes des verantwortlichen Beauftragten oder auf andere Weise sichergestellt sind.

(5) Verletzt der verantwortliche Beauftragte auf Grund einer besonderen Weisung des Auftraggebers eine Verwaltungsvorschrift, so ist er dann nicht verantwortlich, wenn er glaubhaft zu machen vermag, daß ihm die Einhaltung dieser Verwaltungsvorschrift unzumutbar war.

(6) Die zur Vertretung nach außen berufenen Personen im Sinne des Abs. 1 sowie Personen im Sinne des Abs. 3 bleiben trotz Bestellung eines verantwortlichen Beauftragten - unbeschadet der Fälle des § 7 - strafrechtlich verantwortlich, wenn sie die Tat vorsätzlich nicht verhindert haben.

(7) Juristische Personen, Personengesellschaften des Handelsrechts und eingetragene Erwerbsgesellschaften sowie die in Abs. 3 genannten natürlichen Personen haften für die über die zur Vertretung nach außen Berufenen oder über einen verantwortlichen Beauftragten verhängten Geldstrafen, sonstige in Geld bemessene Unrechtsfolgen und die Verfahrenskosten zur ungeteilten Hand.

# **Erläuterungen zum Antrag auf Zulassung bzw. Meldung von Betrieben von Lebensmittelunternehmern gemäß § 2 der Lebensmittelhygiene-Zulassungsverordnung bzw. § 10 LMSVG**

## **§ 38 Lebensmittelsicherheits und Verbraucherschutzgesetz (LMSVG)** (BGBl. I Nr. 13/2006 idgF.)

### Pflichten der Unternehmer

§ 38. (1) Unternehmer sind verpflichtet,

1. Kontrollvorgänge gemäß den §§ 35, 53, 54 und 55 zu dulden.
2. die Aufsichtsorgane in Ausübung der Aufgaben im Rahmen dieses Hauptstückes bestmöglich zu unterstützen, ihnen Personen, die mit dem Unternehmen vertraut sind, beizustellen und ihnen den verantwortlichen Beauftragten gemäß § 9 VStG im Rahmen der Verpflichtungen gemäß § 10 namhaft zu machen,
3. die Einsichtnahme der für die Kontrolle und Zwecke der Rückverfolgbarkeit maßgeblichen Unterlagen, insbesondere Geschäftsaufzeichnungen, Lieferscheine und Rechnungen, auf Schrift- und Datenträger zu ermöglichen oder, falls dies nicht möglich ist, diese Unterlagen binnen angemessener Frist nachzureichen, und auf Verlangen Abschriften oder Ausdrucke darüber unentgeltlich anzufertigen,
4. auf Verlangen der Aufsichtsorganen die erforderlichen Auskünfte, insbesondere über Herstellung, Bearbeitung, Herkunft und Abnehmer von Waren sowie über alle Betriebe des Unternehmens einschließlich Transportmittel, zu erteilen oder, falls dies nicht möglich ist, binnen einer vom Aufsichtsorgan zu setzenden Frist nachzureichen,
5. entsprechend ihrer Verantwortung
  - a) gemäß Art. 19 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 in Bezug auf Lebensmittel und
  - b) im Sinne des § 7 Abs. 3 PSG 2004 in Bezug auf Gebrauchsgegenstände und kosmetische Mittel vorzugehen und
6. im Rahmen der Eigenkontrollen betreffend das Vorliegen von Zoonosen und Zoonosenerregern gemäß Art. 4 ff. der Richtlinie 2003/99/EG vom 17. November 2003 zur Überwachung von Zoonosen und Zoonosenerregern und zur Änderung der Entscheidung 90/424/EWG des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 92/117/EWG des Rates (ABl. Nr. L 325 vom 12. Dezember 2003) die Ergebnisse zu verwahren und die Isolate dem gemäß § 75 zuständigen Referenzlabor zu übermitteln.

(2) Unternehmer haben dafür zu sorgen, dass Pflichten im Sinne von Abs. 1 auch während ihrer Abwesenheit erfüllt werden. Den Anordnungen der Aufsichtsorgane ist unverzüglich Folge zu leisten.

(3) Unternehmer haben im Rahmen von amtlichen Kontrollen auf Verlangen maßgebliche Informationen über die Zusammensetzung und Herstellung der untersuchten Ware der Agentur oder den Untersuchungsanstalten der Länder bekannt zu geben, wenn dies in einem konkreten Anlassfall zum Schutz der Gesundheit oder zur Gewährleistung von sicheren Waren oder zum Schutz vor Täuschung für die Beurteilung einer Probe notwendig ist.